

Ist der Westen auch daran schuld?

Ein Streitgespräch über Fluchtursachen und die wachsende Kluft zwischen armen und reichen Ländern

Foto: Kevin McElvaney, aus der Reportage »Sulfur Mining«; kl. Fotos: Djamilia Grossmann für DIE ZEIT

DIE ZEIT: Herr Kaim, angenommen, Sie fahren mit dem Auto über eine Kreuzung und sehen, dass Frau Scholz einen Unfall hat. Helfen Sie ihr?
Markus Kaim: Natürlich.
ZEIT: Herr Fuest, macht Herr Kaim das Richtige?
Clemens Fuest: Ja.
ZEIT: Warum? Er ist nicht schuld an dem Unfall.
Fuest: Es gibt eine moralische Pflicht, Menschen in Not zu helfen.
ZEIT: Auf der Welt sind Millionen von Menschen in Not. Müssen wir diesen Menschen also helfen?
Imme Scholz: Man muss helfen, wenn man die Möglichkeit hat. Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Wir haben diese Möglichkeit.
Kaim: Wir müssen den Begriff »helfen« genauer definieren. Wir sind nicht schuld, wenn Menschen im Mittelmeer ertrinken, aber wir dürfen auch nicht wegschauen. Eine ganz andere Frage ist, ob wir diese Menschen auch bei uns aufnehmen und falls ja, unter welchen politischen und rechtlichen Voraussetzungen.
Fuest: Wir haben es mit einer klassischen Dilemmasituation zu tun: Je mehr Leute wir aus Seenot retten und nach Europa bringen, desto mehr Leute werden in See stechen. Deshalb muss man darüber reden, ob es nicht besser ist, diese Leute zurückzubringen oder – Modell Australien – sie irgendwo unterzubringen, wo sie nicht sein wollen.
Scholz: Vielleicht ist es besser, nicht von Schuld zu sprechen, sondern von Verantwortung. Der Westen hat eine Verantwortung für diese Menschen. Wir haben mit dazu beigetragen, dass die Welt so ist, wie sie ist.
ZEIT: Sie meinen: Es geht ihnen so schlecht, weil es uns so gut geht?
Fuest: Das sehe ich anders. Der Hauptgrund für Flucht und Not ist Krieg und politische Instabilität. Man kann sagen, dass militärische Interventionen, etwa im Irak, diese Instabilität befördert haben. Aber ich teile nicht das Argument, dass die Weltwirtschaftsordnung die Armen ärmer und die Reichen reicher macht.
Scholz: Einspruch! Die Kolonialzeit ist mit dafür verantwortlich, dass es in vielen Ländern bis heute nicht gelingt, stabile politische und ökonomische Institutionen aufzubauen. Bis ins 19. Jahrhundert hinein wurde vielfach ein System der Ausbeutung errichtet, das häufig nach der Unabhängigkeit von den neuen Eliten übernommen wurde. Und auch die heutige Weltwirtschaftsordnung bietet viele Hürden für die Integration der Entwicklungsländer.
ZEIT: Vor ziemlich genau hundert Jahren wurde das Sykes-Picot-Abkommen unterzeichnet, das im Nahen Osten willkürlich Grenzen festlegte. Ist es schuld am Elend in der Region?
Kaim: Ich kann mit diesem Argument nicht viel anfangen. Es suggeriert ja, es gäbe richtige, also natürliche Grenzen und falsche, also unnatürliche Grenzen. Nur in einem Bruchteil der Länder auf der Welt korrespondieren jedoch die staatlichen Grenzen mit ethnischen Territorien. Die längste und –

wenn man so will – unnatürlichste Grenze der Kolonialzeit liegt übrigens zwischen den USA und Kanada. Beiden Ländern geht es gut damit. Grenzen sind also das, was man daraus macht. Niemand hat die Herrscher des Nahen Ostens davon abgehalten, mit ihren Nachbarstaaten ein gutes und kooperatives Verhältnis aufzubauen. Dass das koloniale Erbe schuld sei, wird in vielen betroffenen Ländern von den politischen Eliten oft nur als Scheinargument benutzt, um von Korruption, Misswirtschaft und dem eigenen Versagen abzulenken.
Scholz: Der Westen hatte doch wenig Hemmungen, mit autoritären Regimen zusammenzuarbeiten, wenn dadurch die Ordnung aufrechterhalten werden konnte. Demokratie lässt sich nicht einfach so verordnen. Die Menschen müssen die Erfahrung machen, dass es sich lohnt, Konflikte zivil zu bewältigen. Wenn man das systematisch verhindert, ist es nicht ganz fair, nur die betroffenen Länder für die undemokratischen Zustände verantwortlich zu machen. Das Mobutu-Regime im Kongo hätte es ohne die Unterstützung der USA nie so lange gegeben – und natürlich haben wir davon profitiert, dass wir Öl billig aus den Ländern der arabischen Welt beziehen konnten.
Kaim: Erstens: Als das Sykes-Picot-Abkommen vereinbart wurde, waren die Ölvorkommen des Nahen Ostens noch gar nicht bekannt. Zweitens: Wir haben es mit Staaten zu tun, die 60, 70 Jahre unabhängig sind. Da muss man irgendwann mal die Geschichte als treibende Kraft in den Hintergrund treten lassen und sagen: So, Leute, jetzt seid ihr eures Glückes Schmied.
ZEIT: Dann gehen wir in die Gegenwart. In Niger wird Uran für die französische Atomindustrie abgebaut – zum Teil unter fragwürdigen Bedingungen. Machen wir uns schuldig, wenn wir das Licht anschalten?
Fuest: Ich glaube, das ist eine Gratwanderung. Wenn eine Elite die eigenen Bürger schamlos ausbeutet und Menschen zu Schaden kommen, kann man sich in der Tat fragen, ob man mit einem solchen Land beispielsweise ein Handelsabkommen abschließen sollte. Aber wir sollten uns auch nicht anmaßen, unsere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit anderen Ländern aufzuzwingen. Im Zweifel führt das nur dazu, dass sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind und noch ärmer werden.
Scholz: Darum geht es ja auch nicht. Es reicht, wenn wesentliche Arbeitsnormen eingehalten werden. Dass Gewerkschaften erlaubt sind, dass es bestimmte Schutzvorschriften für die Arbeitnehmer gibt, dass Kinderarbeit verboten ist und dieses Verbot auch eingehalten wird.
Fuest: Das ist doch genau das Dilemma: Wir sind uns hier am Tisch wahrscheinlich alle einig, dass Kinderarbeit abzulehnen ist. Aber wenn man sagt: Wir kaufen nichts, was mit Kinderarbeit hergestellt ist, heißt das noch nicht, dass die Kinder nicht mehr arbeiten. Sie arbeiten vielleicht trotzdem,

aber für die Hälfte des Lohns oder unter noch schlimmeren Bedingungen.
ZEIT: Man könnte auch argumentieren: Es ist nicht unsere Angelegenheit, wenn die Regierung von Niger beschließt, dass es im Interesse ihres Landes ist, Uran abzubauen.
Scholz: Das ist doch naiv. Ich glaube nicht, dass der betroffene Bergarbeiter sich freiwillig mit Uran vergiftet – und ich glaube auch nicht, dass in einem armen Land wie Niger ein Regierungswechsel das Problem lösen würde. Es gibt Bergbauunternehmen, die die schwachen Institutionen in Entwicklungsländern ausnutzen, um ihre Kosten zu senken. Daher finde ich, dass die Länder des Westens – in denen viele dieser Unternehmen ihren Sitz haben – etwas tun müssen, damit sie anders handeln.
ZEIT: Wolfgang Schäuble hat gesagt, statt in Europa das Wachstum anzukurbeln, sollte man mehr für Afrika tun. Müssen wir verzichten, damit andere es besser haben?
Fuest: Wenn wir auf etwas verzichten, hilft das anderen noch nicht. Wir haben in Ostasien einen unglaublichen Aufschwung gesehen. Millionen von Menschen sind in wenigen Jahren der Armut entkommen – eine unglaubliche und historisch einmalige Leistung. Und warum? Weil sie Waren nach Europa und in die USA verkauft haben. Unser Konsum, der Welthandel, die Globalisierung haben geschafft, was die Entwicklungshilfe nie geschafft hat. Es kann sogar kontraproduktiv sein, Verzicht zu üben.
Scholz: Aber wir sollten uns schon genauer mit den Folgen unseres Konsumverhaltens beschäftigen: Muss es immer das billigste T-Shirt sein?
ZEIT: In vielen Ländern Europas haben die Menschen das Gefühl, dass sich die Politik jetzt schon zu viel mit den Flüchtlingen und zu wenig mit ihnen beschäftigt. Auch deshalb gewinnen die Rechtspopulisten Stimmen.
Scholz: Dieser Vorwurf hält doch einer sachlichen Analyse nicht stand. Im Jahr 2013 wurden insgesamt 153 Milliarden Euro für die Sozialfürsorge und die Förderung ausgegeben, für die Entwicklungszusammenarbeit etwa zehn Milliarden Euro.
Fuest: Das mag stimmen, aber was motiviert denn die Wähler der populistischen Parteien? Die sagen: Wir haben hier eine Million Zuwanderer, und mit denen muss ich um Sozialleistungen konkurrieren. Das ist ein realer Interessenkonflikt. Die Vorstellung, dass wir die Fluchtursachen beseitigen können, wenn wir nur genug Geld in die Hand nehmen, ist eine Illusion.
Scholz: Man könnte einiges erreichen, wenn man dafür sorgt, dass sich die Situation in den großen Flüchtlingslagern nicht weiter verschlechtert und ihre Kinder in eine Schule schicken können.
Kaim: Es geht doch um mehr: Wir haben erfahren, dass es keine dauerhafte Lösung ist, vor den Problemen der Welt einfach die Augen zu verschließen. Das Ergebnis ist dann unregelmäßige Migration. Stattdessen ist es notwendig, sich aktiv den Krisen und Konflikten der Welt zuzuwenden. Angesichts

des erkennbaren Rückzugs der USA aus der Weltpolitik brauchen wir nunmehr besonders Europa als Ordnungsmacht. Es ist in unserem eigenen Interesse, uns zu engagieren.
ZEIT: Das ist kein moralisches Argument, sondern ein pragmatisches: Wir tun etwas, damit die Flüchtlinge nicht kommen. So wird auch die Forderung nach einem Zaun um Europa begründet.
Scholz: Ich bezweifle, dass die Abschottung eine Lösung ist. Unsere Welt ist wirtschaftlich und politisch extrem vernetzt. Die Situation im Nahen Osten wird manchmal mit Europa während des Dreißigjährigen Kriegs verglichen. Nach dem Mot-

Fuest: Natürlich kann er das so sehen. Aber ein Staat kann das nicht. Für unsere Gesellschaftsordnung ist der Schutz von Eigentumsrechten zentral. Ich fürchte, wenn wir sie derart infrage stellen, dann kann das nur zu Mord und Totschlag führen. Es würde allein das Recht des Stärkeren gelten.
Scholz: Er könnte argumentieren: Die Orangen in deinem Saft stammen auch aus meinem Land, und dort werden Menschen ausgebeutet. Davor darfst du die Augen nicht verschließen.
ZEIT: Und das bedeutet konkret?
Scholz: Dass er das Recht hat, vom Saft zu trinken – beziehungsweise dass wir die Pflicht haben, ihm von unserem Saft zu geben.
Kaim: Ich glaube, wir fänden es nicht akzeptabel, zu sagen: Nimm dir so viel Saft, wie du willst. Aber wir könnten sagen: Du bekommst den Saft, aber dafür hilfst du beim Einräumen der Regale.
ZEIT: Wir haben festgestellt, dass es zumindest so etwas wie Verantwortung für das Elend in der Welt gibt. Wenn wir helfen wollen: Was würde denn helfen?
Fuest: Es wäre niemandem geholfen, wenn wir neue Abhängigkeiten schaffen. Was nützt es, wenn ich als afrikanisches Land darauf angewiesen bin, dass mir regelmäßig Geld aus Deutschland überwiesen wird oder irgendeine Fairtrade-Organisation mir den Kaffee teuer abkauft?
 Wenn diese Organisation nicht mehr da ist, ist mein Geschäft weg. Die betroffenen Länder müssen aus eigener Kraft am Weltmarkt bestehen können.
Scholz: Es würde aber schon helfen, wenn es insgesamt fairer zugeht. Der Welthandel ist ja nicht frei, er wird von einer Vielzahl von Handelsabkommen geregelt. Da wird hart verhandelt, und viele afrikanische Länder können nicht mithalten. Es gibt übrigens eine ganze Menge Untersuchungen, die zeigen, dass Migration sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes auswirkt. Häufig wird ein Familienmitglied losgeschickt, und von dem Geld, das es in die Heimat überweist, kann sich die Familie vielleicht eine bessere Schule für die Kinder leisten. Wenn Sie fragen, was gegen die Armut auf der Welt helfen würde, dann ist eine Antwort: Migration.
ZEIT: Dann könnte das passieren, wovon Herr Fuest warnte: Die Armen in Deutschland gehen auf die Barrikaden, weil sie nicht mit den Armen in der Welt teilen wollen.
Kaim: Deshalb sollten wir lieber dazu beitragen, die Länder zu befrieden, aus denen die Menschen zu uns kommen. Die meisten fliehen nicht vor Armut, sondern vor politisch motivierter Gewalt, die allerdings oft zu Armut führt. Es würde helfen, wenn wir diese Konflikte frühzeitiger erfassen und uns ihnen aktiv zuwenden. Natürlich ist der Einfluss Deutschlands und Europas begrenzt. Aber das darf weder heißen, dass man mit einem Achselzucken auf Kriege in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas reagiert, noch, dass man jede Form der Migration begrüßen muss.

Die Fragen stellten
Tina Hildebrandt und Mark Schieritz

Hochgiftige Arbeit: Schwefelabbau am Vulkan Ijen auf der indonesischen Insel Java

Wohin wir unseren illegalen Müll verschiffen



to: Die sollen sich doch bekämpfen, irgendwann geben sie schon wieder Ruhe. Das kann aber doch keine Lösung sein – zumal in der heutigen Zeit, wo sich Konflikte nicht mehr regional einhegen lassen.
Kaim: Technisch lässt sich Europa weitgehend abschotten, wie wir gerade sehen. Politisch müssten die europäischen Regierungen aber unterstreichen, was Abschottung konkret bedeutet: ein Europa, das umgeben ist von instabilen, schwachen und möglicherweise zerfallenden Staaten. Ich bin mir nicht sicher, ob das auf die Dauer gut geht.
Fuest: Abschottung alleine ist natürlich keine Lösung, aber ich glaube schon, dass es so etwas geben muss wie Kontrolle über Territorien. Ein Staat muss entscheiden können, wer sein Staatsgebiet betreten darf und wer seine Leistungen in Anspruch nehmen kann. Wenn jemand zu Tengelmann geht, darf er auch nicht einfach eine Tüte Saft rastragen. Trotzdem würden wir in diesem Fall nicht von Abschottung reden.
ZEIT: Was, wenn er sagt: Du hast so viel Saft, und ich habe Durst. Warum hast du das Recht, mehr zu haben, als du brauchst, während ich nicht einmal über das Nötigste verfüge?
Fuest: Ich würde antworten: Der Saft ist nicht dein Eigentum. Du hast kein Recht, ihn dir zu nehmen. Und so wie ich als Tengelmann-Besitzer das Recht habe, über meinen Laden zu verfügen, so hat in Deutschland die Bevölkerung das Recht, über ihr Staatsgebiet zu verfügen. Ein Staat zeichnet sich dadurch aus, dass es eine Staatsgewalt, ein Staatsvolk und ein Staatsterritorium gibt.
ZEIT: Seine Antwort könnte lauten: Es ist nicht gerecht, wenn die Deutschen das Glück haben, in einem Land zu wohnen, in dem es keine schlimmen Stürme und keine Dürren gibt – und ich nicht.